



DIE WELT, 28.01.2021, Nr. 23, S. 9 / Ressort: Wirtschaft

Rubrik: Wirtschaft

Windiges Manöver

In Deutschland wurden 2020 deutlich mehr Windkraftanlagen gebaut als im Vorjahr. Wäre die Novelle des Ökostrom-Gesetzes EEG am Ende gar nicht nötig gewesen?

Daniel Wetzel

Nach dem dramatischen Einbruch des Windkraftausbaus im Jahr 2019 wurden 2020 wieder deutlich mehr Windräder errichtet. Trotz der Einschränkungen der Corona-Pandemie lag der Zuwachs elektrischer Leistung durch neu installierte Anlagen um 46 Prozent über dem Vorjahr. Nach der Jahresbilanz, die der Bundesverband **Windenergie** (BWE) gemeinsam mit dem Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) vorlegte, wurden im vergangenen Jahr 420 Anlagen mit 1431 Megawatt Leistung errichtet.

Die Zahl der in dem Jahr erteilten Baugenehmigungen verdoppelte sich sogar nahezu auf ein Gesamtvolumen von 3300 Megawatt. "Der Trend", sagte Matthias Zelinger, Geschäftsführer der VDMA-Sparte Power Systems, "ist erstaunlich stabil in die richtige Richtung gelaufen." Bemerkenswert ist, dass sich die Windkraftbranche in Deutschland erholt hat, obwohl das neue Fördergesetz EEG 2021 noch gar nicht in Kraft war. Der Windradneubau war zuvor, im Jahre 2019, auf einen historischen Tiefstand eingebrochen - in jenem Jahr kamen unter dem Strich nur 243 Anlagen mit 981 Megawatt Leistung hinzu.

Die Ökostrombranche im Zusammenspiel mit Klimaschutzorganisationen hatte deshalb für eine Art Notgesetz lobbyiert, das aber erst am 1. Januar 2021 in Kraft trat. In dieser Novelle des **Erneuerbare-Energien**-Gesetzes wurden Planungsverfahren beschleunigt und zum Beispiel das Erschließen von Schwachwindstandorten finanziell attraktiver gemacht sowie die Förderung von Altanlagen zeitlich verlängert. Gewinnbeteiligungen für Kommunen sollen lokale Widerstände aufweichen. Vorübergehend - der Passus wurde nach Protesten gestrichen - sah der Entwurf des EEG 2021 sogar vor, den Windkraftausbau zu einer Frage der "öffentlichen Sicherheit" zu erheben. Nun zeigen die kräftigen Ausbauzahlen mitten im Corona-Jahr, dass die Windkraftbranche das neue Fördergesetz womöglich gar nicht nötig gehabt hatte, um die Talsohle zu überwinden.

Tatsächlich kann der tiefe Einbruch der Windkraft 2019 auch anders erklärt werden: Die Bundesregierung hatte 2018 die Bautätigkeit an ein Auktionsverfahren gekoppelt, bei dem nur die jeweils kostengünstigsten Projektierer zum Zuge kommen. Das Verfahren reduzierte die **Energiewendekosten** für die Verbraucher und zugleich die Gewinne der Windkraftunternehmen. Deshalb war es in den Jahren 2016 und 2017 zu erheblichen Vorzieheffekten gekommen, um noch zu den alten, lukrativen Förderbedingungen bauen zu können. In diesen beiden Jahren erreichte der Windkraftneubau einige seiner historisch höchsten Zuwächse von über 4500 und 5200 Megawatt.

Dass danach die Projektpipeline erst mal leer war und der Neubau im Folgejahr 2019 fast zum Erliegen kam, kann kaum überraschen. Doch der Klimaschutz- und Ökostromlobby gelang es, die Politik für angebliches "Versagen" beim Windkraftausbau in jenem Jahr verantwortlich zu machen - und damit zu weitreichenden Zugeständnissen im EEG 2021 zu bewegen. Dass sich die Ausbauzahlen nun allerdings bereits vor Inkrafttreten des neuen Fördergesetzes erhöht haben, entwertet im Rückblick ein Stück weit dessen Notwendigkeit.

Mit dem Aufschwung soll es schließlich weitergehen: Der VDMA rechnet für dieses Jahr mit einem Zubau von bis zu 2500 Megawatt brutto. "Wir glauben, dass der deutsche Markt zurück ist", sagte Zelinger: "Wir brauchen aber mehr Zubau." Nach der Interpretation der Branchenverbände sind die geringen Ausbauzahlen 2019 nur zu einem geringen Teil dem Vorzieheffekt geschuldet, vielmehr gehe es um juristische und politische Blockaden.

"Dreh- und Angelpunkt für Wettbewerb in den Ausschreibungen sowie für den notwendigen deutlichen Anstieg beim Zubau bleiben die Bereitstellung von Flächen und die Genehmigung von Projekten", sagte Hermann Albers, Präsident Bundesverband **Windenergie** (BWE). "Alle Maßnahmen, die zu mehr Projekten führen, müssen Priorität bekommen." Gemessen am gesetzlichen Status quo ist der Windkraftausbau nicht mehr weit von einem ausreichenden Tempo entfernt. Nach den Vorgaben des aktuell gültigen EEG 2021 soll die Windkraftkapazität von derzeit 55.000 Megawatt bis 2030 auf 71.000 Megawatt erhöht werden. Mit einem Nettozubau von überschaubaren 1600 Megawatt pro Jahr wird die Zielgröße also schon erreicht.

Allerdings drängen Verbände und Klimapolitiker auf einen deutlich beschleunigten Ausbau. Dahinter steht auch die Befürchtung, dass in den kommenden Jahren zu viele Altanlagen abgerissen werden, die das Ende ihres 20-jährigen Förderzeitraumes erreichen. Zusätzlich zum klimapolitisch erwünschten Nettozubau müssten diese wegfallenden Altanlagen

erst einmal ersetzt werden. Aktuell drehen sich knapp 30.000 Windkraftanlagen auf dem Festland.

Zudem hatte die Europäische Union jüngst ihr CO₂-Sparziel bis 2030 auf das deutsche Niveau von 55 Prozent Minderung angehoben. Dies erfordere von Deutschland nun wiederum eine Steigerung seiner eigenen Klimaschutzambitionen über das neue EU-Niveau hinaus, argumentieren Klimaschützer und Umweltverbände. Entsprechend höher müssten auch die Ausbauziele für **erneuerbare Energien** gesetzt werden.

Während das Bundeswirtschaftsministerium bislang noch 71.000 Megawatt Windkraft bis zum Ende des Jahrzehnts für ausreichend hält, setzt sich Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) bereits für ein Ziel von 95.000 Megawatt ein. Eine weitere EEG-Novelle noch in diesem Frühjahr soll den neuen Wert festschreiben. Eine Verdrei- oder Vervierfachung des Ausbaitempos der **Windenergie** über das jetzige Niveau hinaus wird von Umweltverbänden und Klimaschützern auch eingefordert, weil sie von einem deutlich steigenden Strombedarf bis 2030 ausgehen.

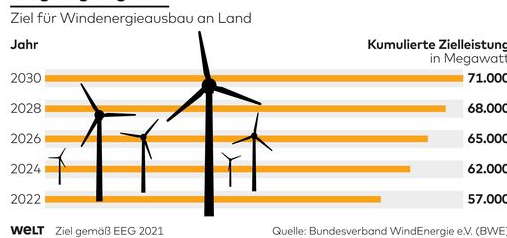
Weil die E-Mobilität und die Wasserstoffproduktion große Mengen Elektrizität benötigen, gehen einige Prognosen von einem Gesamtbedarf von 750 oder mehr Terawattstunden pro Jahr aus. Das Bundeswirtschaftsministerium jedoch glaubt, dass sich der Strombedarf bis 2030 nicht so weit von den heutigen knapp 520 Terawattstunden entfernen dürfte, weil der zusätzliche Bedarf durch Effizienzsteigerungen ausgeglichen werde.

Daniel Wetzel

Erholung nach dem Tief



Ehrgeizige Agenda



Bildunterschrift: Die Fertigstellung von Windrädern hat im Vorjahr wieder deutlich zugenommen

Quelle:	DIE WELT, 28.01.2021, Nr. 23, S. 9
Ressort:	Wirtschaft
Rubrik:	Wirtschaft
Dokumentnummer:	175059830

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/WELT_ee09462b804e208a22a29149d8ad30a6a10141e3

Alle Rechte vorbehalten: (c) WeltN24 GmbH